



Jahresziele 2001

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 20. Dezember 2000)

Inhalt

Einleitung	1
-------------------------	---

Jahresziele 2001 der Departemente und der Bundeskanzlei

– Bundeskanzlei	2
– Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
– Departement des Innern.....	9
– Justiz- und Polizeidepartement.....	16
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	20
– Finanzdepartement	24
– Volkswirtschaftsdepartement	27
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	31

Anhang 1: Die Ziele des Bundesrats 2001 im Überblick	34
---	----

Anhang 2: Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2001: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte	36
--	----

Einleitung

Gemäss Art. 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Artikel 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente, sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Bundeskanzlei

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001
<p><u>Ziel 1</u> E-Government: erste Umsetzungsschritte in den Bereichen Guichet virtuel und E-Voting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zum E-Voting (Machbarkeit, Variantenbeurteilung) liegt dem Parlament Ende 2001 vor * ➤ Die gesetzlichen Grundlagen für Pilotprojekte im Bereich E-Voting liegen vor (vgl. Ziel 3) * ➤ Die Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Kantonen über den Aufbau eines Guichet virtuel ist unterzeichnet * ➤ Ein Pilotversuch zum Guichet virtuel ist Ende 2001 gestartet *
<p><u>Ziel 2</u> Rechtliche Umsetzung von Art. 64 RVOG</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zu Änderungen von Bundesgesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen in Ausführung von Art. 64 RVOG (Sammelbotschaft) ist verabschiedet *
<p><u>Ziel 3</u> Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Auswertungsbericht über die Vernehmlassung und die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte sind bis Ende Oktober 2001 verabschiedet *
<p><u>Ziel 4</u> Verbesserung der internen Information des Bundespersonals: Konzept Intrabund</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das von der BK und dem EFD erarbeitete Konzept Intrabund ist vom Bundesrat im 1. Quartal 2001 verabschiedet ➤ Ein Konzept für eine elektronische Personalzeitung ist erarbeitet und das Grundangebot ist festgelegt

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>EXE – Informatisierung Bundesratsgeschäfte: Das Angebot wird sukzessive erweitert</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die Differenzenliste ist ab Ende März als PDF-Dokument aus EXE verfügbar➤ Die gültige Fassung des BR-Beschlussprotokolls steht ab Ende März 2001 als PDF-Dokument in EXE zur Verfügung➤ Ab Herbst 2001 werden die Botschaftsplanung sowie die KoKo-Liste mit EXE erstellt➤ Die für EXE benötigten Daten zu parlamentarischen Vorstössen werden ab Herbst 2001 automatisch aus Curia Vista übernommen➤ Bis Jahresende ist ein realisierungsreifes Konzept zur Überführung der Filemaker-Daten und -Anwendungen (parlamentarische Vorstösse) auf EXE verabschiedet
---	--

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001
<p><u>Ziel 1</u> Führen eines landesweiten Dialogs zum UNO-Beitritt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die optimale Betreuung des Entscheidungsverfahrens in den Eidgenössischen Räten ist sichergestellt * ➤ Die Kommunikation und der landesweite Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Kräften wird vertieft * ➤ Die entwicklungspolitische Argumentation ist bereitgestellt
<p><u>Ziel 2</u> Aufnahme weiterer bilateraler Verhandlungen mit der EU und innenpolitische Vorbereitung (Aktionsplan)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Begleitstruktur für die weiteren bilateralen Verhandlungen ist aufgebaut * ➤ Die Verhandlungsmandate sind vorbereitet (Anträge an den Bundesrat) * ➤ Das Informationskonzept zu den weiteren Verhandlungen liegt vor * ➤ Der Katalog der internen Reformen, welche prioritär zu ergreifen sind, ist erstellt * ➤ Der Zeitplan für das Lancieren und die Umsetzung der Reformen liegt vor *
<p><u>Ziel 3</u> Stärkung der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft in den Jahren 2003 – 2006 ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Finanzhilfe des Bundes an das Sitzbudget des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in den Jahren 2002 – 2005 ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft über die Ausrichtung einer Finanzhilfe an das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in den Jahren 2002 – 2005 ist verabschiedet *

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Leitbild Nord/Süd ist überprüft ➤ Die Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum <i>Institute for Democracy and Electoral Assistance</i> (IDEA) ist verabschiedet *
<p><u>Ziel 4</u> Weiterführung des koordinierten Einsatzes der schweizerischen Mittel für die dauerhafte Stabilisierung und die Konsolidierung der Demokratie in Südosteuropa im Rahmen des Konzepts für eine regionale Politik in Südosteuropa</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Zusammenarbeitsprogramme mit den Ländern Südosteuropas werden weitergeführt * ➤ Ein Programm für die längerfristige Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Transition in der Bundesrepublik Jugoslawien ist erstellt * ➤ Die Schweiz nimmt aktiv am Stabilitätspakt für Südosteuropa teil * ➤ Die notwendige Finanzierung für die Weiterführung der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS ist durch eine Aufstockung des Rahmenkredites sichergestellt ➤ Schweizerisches Personal ist in den internationalen Friedensförderungs- und Stabilisierungsmissionen plaziert *
<p><u>Ziel 5</u> Stärkung des internationalen Strafrechtssystems</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 ist ratifiziert ➤ Die Begleitung der Eidg. Räte anlässlich der Beratung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und der Änderung des Strafrechts ist sichergestellt ➤ Die Schweiz wirkt bei der Ausarbeitung der Nebeninstrumente des Römer Statuts im Rahmen der Vorbereitungskommission mit

<p><u>Ziel 6</u> Weiterführung des Einsatzes für die Menschenrechte und Förderung des humanitären Völkerrechts</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die konzeptionellen Grundlagen für die Führung von Menschenrechtsdialogen sind erarbeitet➤ Der Menschenrechtsdialog mit China ist reanimiert➤ Eine departementsübergreifende Strategie zur Steigerung der Kohärenz im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte ist erarbeitet➤ Das globale Flüchtlingsregime im Rahmen des UNHCR wird gestärkt; eine internationale Konferenz aus Anlass des Jubiläums „50 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“ ist durchgeführt➤ Die Vernehmlassung zu einem Beitritt der Schweiz zum 1. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist durchgeführt *➤ Der erste Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz der nationalen Minderheiten liegt vor➤ Das Zusatzprotokoll zur UNO Konvention gegen die Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ist unterzeichnet➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Rechte der Kinder betreffend den Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten ist verabschiedet➤ Die Verhandlungen über ein Drittes Zusatzprotokoll in Sachen Schutzzeichen zu den Genfer Übereinkommen von 1949 sind lanciert➤ Projekte zur Förderung des humanitären Völkerrechts im Rahmen des EAPC/PfP sind umgesetzt➤ Projekte im Rahmen der OSZE und des Stabilitätspakts gegen den Menschenhandel sind umgesetzt
--	--

<p><u>Ziel 7</u> Teilnahme an der Europäischen Sicherheitskooperation, Förderung der Konfliktprävention und -lösung in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Öffentlichkeit wird intensiver über das Engagement der Schweiz in friedenserhaltenden Aktionen informiert ➤ Das Konzept für den schweizerischen Expertenpool für die zivile Friedensförderung ist umgesetzt ➤ Die Zusammenarbeit mit schweizerischen NGOs in den Bereichen Konfliktprävention und Friedensförderung wird verstärkt ➤ Ausgewählte Konflikte wie Kolumbien, Burundi usw. werden bearbeitet ➤ Das 3. Ministertreffen über menschliche Sicherheit in Amman ist vorbereitet ➤ Das Thema „menschliche Sicherheit und Entwicklung“ ist aufgearbeitet ➤ Die Kleinwaffenkonvention an der UNO-Kleinwaffenkonferenz 2001 ist vorbereitet ➤ Projekte im Rahmen EAPC und OSZE zur Reduktion von Kleinwaffen werden unterstützt
<p><u>Ziel 8</u> Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Länderprogramm USA (2001-2003) der „Präsenz Schweiz“ wird umgesetzt ➤ Das Länderprogramm Grossbritannien (Mitte 2001– Mitte 2004) der „Präsenz Schweiz“ ist lanciert ➤ Das neue Exportförderungsdispositiv in den Aussenposten ist umgesetzt ➤ Die Interessen und das Image betreffend den Finanzplatz Schweiz werden gewahrt ➤ Die Umsetzung bilateraler Projekte im Rahmen des Dialogs der Zivilisationen ist eingeleitet ➤ Die Schweiz nimmt an der Hauptveranstaltung des Dialogjahres in New York teil

<p><u>Ziel 9</u> Förderung der Schweiz und Genfs als Zentrum internationaler Organisationen und Konferenzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Sitzstaatspolitik für internationale Organisationen unter Einbezug aller betroffenen Sitzstaatkantone und Grenzregionen ist definiert ➤ Die Kampagne für Genf als Sitz der Organisation für die Verifikation des Biologiewaffenübereinkommens wird geführt
<p><u>Ziel 10</u> Ausbau der Beziehungen der Schweiz mit dem Mittelmeerraum im Rahmen des Konzepts für eine regionale Politik im südlichen und östlichen Mittelmeerraum</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Kontakte mit den Mittelmeeranrainerstaaten sowohl im multilateralen als auch im bilateralen Rahmen werden intensiviert ➤ Der schweizerische Beitrag an die Friedensbemühungen im Nahen Osten wird weitergeführt ➤ Es werden Massnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft im regionalen Rahmen ergriffen ➤ Mittelfristige Programme im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe für den Mittelmeerraum und Palästina sind lanciert ➤ Die Unterstützung der UNWRA wird weitergeführt
<p><u>Ziel 11</u> Umsetzung der Neuen Personalpolitik und Verfeinerung des Führungsinstrumentariums</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Karrieresystem ist an die Erfordernisse der Neuen Personalpolitik und des Neuen Lohnsystems angepasst ➤ Die Zielvereinbarungen zwischen der Zentrale und den Vertretungen im Ausland sind inhaltlich und operationell eingebunden und der Führungszyklus ist gefestigt ➤ Die Organisation der lohnrelevanten Personalbeurteilung aufgrund von individuellen Zielvereinbarungen ist aufgezo-gen ➤ Die spezifische Ausbildung für das Führen mit Zielen, Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilung (im Ausland und an der Zentrale) hat begonnen ➤ Das neue Konzept der regionalen Botschafterkonferenzen ist umgesetzt und eine Konferenz in Afrika durchgeführt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Departement des Innern

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001</small>
<u>Ziel 1</u> Botschaft über einen Hochschulartikel auf Verfassungsstufe	<ul style="list-style-type: none">➤ In enger Zusammenarbeit mit dem EVD und den Kantonen ist ein mehrheitsfähiger Vorschlag für einen Hochschulartikel auf Verfassungsstufe erarbeitet *➤ Die Vernehmlassung ist durchgeführt *➤ Die Koordination mit dem Rahmenartikel „Bildung“ (Parlamentarische Initiative Zbinden, WBK NR) ist sichergestellt
<u>Ziel 2</u> Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen	<ul style="list-style-type: none">➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet *
<u>Ziel 3</u> Botschaft betreffend Kredite zur Mitwirkung im 6. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Union (6. EU-FRP)	<ul style="list-style-type: none">➤ Ein materieller Input für die Konzeption des 6. EU-FRP ist seitens der Schweiz in Brüssel geleistet➤ Die Botschaft ist verabschiedet *
<u>Ziel 4</u> Bilaterale Verhandlungen mit der EU in Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens betreffend die Bildungs- und Jugendprogramme	<ul style="list-style-type: none">➤ Die bilateralen Kontakte mit wichtigen EU-Ländern werden weiterhin gepflegt➤ Das bestehende Verhandlungsmandat ist überprüft *➤ Die offiziellen Verhandlungen werden aufgenommen *

<p><u>Ziel 5</u> Umsetzung des Universitätsförderungsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die verschiedenen Programme, welche unter dem Titel „projektgebundene Beiträge nach UFG“ aufgeführt sind (Campus Virtuell, Chancengleichheit von Mann und Frau im universitären Bereich, Schweizerisches Netzwerk für Innovation, Nachwuchsförderung, Kooperationsprojekte, SWITCHng) sind weitgehend umgesetzt ➤ Die Selektions- und Entscheidungsprozesse bei den Kooperationsprojekten werden betreut ➤ Ein Projektcontrolling mit entsprechender Auswertung ist implementiert ➤ Die Verpflichtungen des Bundes, welche aus der Zusammenarbeitsvereinbarung von Bund und Universitätskantonen hervorgehen, sind umgesetzt
<p><u>Ziel 6</u> Umsetzung von Massnahmen im Maturitätsbereich</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Maturitätskommission ist die zweite Serie von Anträgen für die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen von kantonalen Gymnasien vorbereitet ➤ Die gesamtschweizerischen Evaluation der 1995 eingeführten Maturitätsregelung ist eingeleitet ➤ Eine gesamtschweizerische Lösung für die „Passerelle Berufsmatur–Gymnasialmatur“ (Universitätszugang) ist erarbeitet
<p><u>Ziel 7</u> Umsetzung von Massnahmen in den Bereichen Forschung und Technologie</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die interdepartementale Zusammenarbeit mit dem EVD/BBT und im Rahmen des Steuerungsausschusses ist ausgebaut ➤ Das forschungspolitische Instrumentarium ist überprüft: Evaluation und Optimierung der Leistungsvereinbarungen mit dem Nationalfonds, den vier Akademien und den Institutionen, die gemäss Artikel 16 des Forschungsgesetzes unterstützt werden ➤ Das Informationssystem ARAMIS ist konsolidiert und in den Nutzbetrieb überführt

<p><u>Ziel 8</u> Aufbau eines Gesundheitsobser- vatoriums</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kernbereiche der Infrastruktur stehen zur Verfügung, der Stellenplan ist erarbeitet und die Rekrutierung der Mitarbeitenden teilweise abgeschlossen ➤ Die Internetseite ist eingerichtet und in Betrieb ➤ Erste Kerninformationen sind sukzessive aufgebaut ➤ Vorbereitungsarbeiten für themenspezifisches Monitoring sind abgeschlossen ➤ Erste Mandate im Rahmen des Netzwerkes werden vergeben
<p><u>Ziel 9</u> Harmonisierung Personenregister</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die verschiedenen Personenregister bei Bund, Kantonen und Gemeinden sind analysiert und Vorschläge zur Optimierung und Koordination ausgearbeitet ➤ Der Entwurf eines Bundesgesetzes zur Harmonisierung der Personenregister (Umsetzung von Art. 65 Abs. 2 BV) durch eine Expertengruppe von Bund, Kantonen und Gemeinden liegt vor
<p><u>Ziel 10</u> Aufbau eines gesamtschweizerischen Gebäude- und Wohnungs- registers</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die provisorischen Daten der Volkszählung vom 5. Dezember 2000 sind übernommen ➤ Eine koordinierte Datenerhebung im Bereich der Baustatistik ist eingeführt ➤ Eine adäquate Informatiklösung für das GWR ist implementiert ➤ der Betrieb mit den provisorischen Volkszählungsdaten ist aufgenommen

<p><u>Ziel 11</u> Auswertung Volkszählung 2000 und Durchführung der Betriebszählung 2001</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Fragebogen sind erfasst, plausibilisiert und aufgearbeitet ➤ Ein Datensatz aus der Volkszählung ist für die Gemeinden zur Harmonisierung ihrer Einwohnerregister bereitgestellt ➤ Die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Auswertungs- und Analyseprogramms sind abgeschlossen ➤ Im Herbst 2001 wird mit einem reduzierten Fragenkatalog eine Zwischenerhebung zur Betriebszählung durchgeführt
<p><u>Ziel 12</u> Konsolidierung der Statistiken im Sozialbereich</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mit der Umsetzung der Motion Cottier/ Egerszegi (Lebenshaltungskosten, Einkommens- und Verbrauchsstatistiken) wird begonnen ➤ Ein Detailkonzept für die Pensionskassenstatistik ist erarbeitet ➤ Der Bedarf für eine Versichertenstatistik im Bereich der Statistik zur Alterssicherung ist abgeklärt und ein Grobkonzept erarbeitet ➤ Der Aufbau und die Realisierung der Sozialhilfestatistik wird weitergeführt ➤ Erste Resultate zur Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit liegen vor ➤ Die Berichterstattung der Sozialen Sicherheit wird vorbereitet ➤ Im Bereich der Armutsberichterstattung ist eine Studie zum Thema „Working poor“ abgeschlossen
<p><u>Ziel 13</u> Konsolidierung, Leistungsanpassungen, Verstärkung der Aufsicht des Bundes, Verfahrensverbesserungen in der Invalidenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassungsergebnisse sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur 4. IV-Revision ist vom Bundesrat verabschiedet *

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Schwerpunkte der 4. IV-Revision liegen bei sozialverträglichen Sparmassnahmen und kostensteuernden Massnahmen, gezielten Anpassungen im Leistungsbereich (Einführung Assistenzentschädigung, Umgestaltung IV-Taggeldsystem), einer Verstärkung der Aufsicht des Bundes (regional strukturierte ärztliche Dienste, jährliche Geschäftsprüfungen bei IV-Stellen) und einer Vereinfachung und Verbesserung von Struktur und Verfahren (Eidg. Rekurskommission für kollektive Leistungen der IV, verbesserte Koordination IV-Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) *
<p><u>Ziel 14</u> Vorbereitung der längerfristigen Weiterentwicklung der Altersvorsorge</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das EDI leitet die interdepartementale Expertengruppe, welche im Jahr 2001 die Studien in Auftrag gibt
<p><u>Ziel 15</u> Ausbau der Oberaufsicht in der beruflichen Vorsorge</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrats sind ausgearbeitet
<p><u>Ziel 16</u> Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ende 2001 liegt der Synthesebericht zu den Ergebnissen sowie den Schlussfolgerungen zu einem allfälligen Anpassungsbedarf im Bereich der Krankenversicherung vor
<p><u>Ziel 17</u> Suchtprävention und Förderung der Gesundheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zu einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes ist verabschiedet * ➤ Die Konsolidierung der Vier-Säulen-Politik im Bereich der illegalen Drogen wird durch Sicherstellung der abstinenzorientierten Therapien und durch die Koordination der unterschiedlichen Massnahmen (u.a. durch die Finanzierung der Suchttherapieinstitutionen) vorangetrieben ➤ Das nationale Tabakpräventionsprogramm 2001–2005 wurde vom Bundesrat genehmigt und der Öffentlichkeit vorgestellt ➤ Zusammen mit den Kantonen und der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung/Stiftung 19 wird eine Kampagne zur Verbesserung der Durchimpfung der schweizerischen Bevölkerung 2001 gestartet

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Im Rahmen der nationalen Gesundheitspolitik ist – unter Einbindung der wichtigsten Akteure in den Prozess – eine erste nationale Gesundheitskonferenz durchgeführt ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ist verabschiedet *
<p><u>Ziel 18</u> Weiterentwicklung der Humanmedizin</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Schweizerische Heilmittelinstitut hat seine Tätigkeit aufgenommen ➤ Die Regelungen für die Xenotransplantation sind in Kraft gesetzt und die Botschaft und der Gesetzesentwurf für eine nationale Regelung im Transplantationsbereich verabschiedet * ➤ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der akademischen Medizinalberufe ist verabschiedet * ➤ Die nationale Humanethikkommission ist geschaffen. Das Gesetz über die Forschung am Menschen ist für die Vernehmlassung bereit *
<p><u>Ziel 19</u> Förderung der schweizerischen Kultur sowie Konsolidierung und Stärkung der kulturellen Aussenpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Arbeit an der Umsetzung des Kulturförderungsartikels 69 BV wird aufgenommen ➤ Die Ausführungsbestimmungen zum revidierten Filmgesetz (Bundesratsverordnung, Departementsverordnung und Förderungskonzepte) sind erlassen ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der schweizerischen Stiftung für Fotografie und die Förderung der Fotografie in der Schweiz ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft für einen neuen Rahmenkredit für die Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ ist verabschiedet ➤ Das Konzept für die Förderung des Kunstschaffens mit den neuen Technologien in den Bereichen Ausbildung, Produktion, Vermittlung und Konservierung ist erarbeitet und genehmigt (im Rahmen Umsetzung Strategie Informationsgesellschaft)

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Kulturministertreffen wird im September 2001 in Luzern durchgeführt
<p><u>Ziel 20</u> Erhaltung des schweizerischen Kulturgutes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Konsultationsverfahren zum Entwurf eines Bundesgesetzes zur Bildung der Stiftung Schweizerisches Landesmuseum (Fondation MUSÉE SUISSE) ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet * ➤ Die renovierte Schweizerische Landesbibliothek ist wieder eröffnet ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über den Kulturgütertransfer und zur Ratifikation der UNESCO-Konvention 1970 zur Bekämpfung des illegalen Kulturgütertransfers ist verabschiedet * ➤ Die Finanzierung des Netzwerks MEMORIAV zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes der Schweiz ist neu geregelt ➤ Das Konzept für die elektronische Erschließung der kulturellen Sammlungsbestände ist erarbeitet und genehmigt (im Rahmen Umsetzung Strategie Informationsgesellschaft)
<p><u>Ziel 21</u> Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung für die Botschaft und den Entwurf zu einem Sprachengesetz ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet *
<p><u>Ziel 22</u> Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und Intensivierung des Kampfes gegen die Gewalt an Frauen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der erste Bericht der Schweiz über die Umsetzung der UNO-Konvention über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau ist vom Bundesrat genehmigt und an die UNO weitergeleitet * ➤ Massnahmen für einen intensiveren Kampf gegen die Gewalt an Frauen sind geprüft ➤ Die Gründung eines nationalen Koordinationszentrums gegen die Gewalt an Frauen und dessen Angliederung (in/ausserhalb der Administration, in/ausserhalb des EDI, Finanzierung, erforderliche Zusammenarbeit) ist geprüft

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001
<p><u>Ziel 1</u> Die beim Bundesrat hängigen Institutionenreformen werden abgeschlossen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Staatsleitungsreform ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zum Öffentlichkeitsgesetz ist verabschiedet * ➤ Der Bundesrat verabschiedet die Weisungen zum Vollzug von Bundespolitiken ➤ Die Botschaft zur Gewährleistung der totalrevidierten Verfassung des Kantons Neuenburg ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft über die Teilrevision des ZGB (Informatisierung der Zivilstandsregisterführung) ist verabschiedet * ➤ Die Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts ist eröffnet * ➤ Vorentwurf und Begleitbericht zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts liegen vor
<p><u>Ziel 2</u> Die Neuausrichtung der Migrationspolitik wird konkretisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Ausländergesetz (Totalrevision ANAG) ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung junger, in der Schweiz geborener und aufgewachsener Ausländerinnen und Ausländer ist verabschiedet * ➤ Die Umsetzung der Integrationsverordnung ist erfolgt

<p><u>Ziel 3</u> Der Vollzug des Asylrechts wird weiter verbessert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Asylgesetzes ist eröffnet * ➤ Der Bundesrat hat über die neue Regelung der Krankenversicherung von Asylsuchenden entschieden
<p><u>Ziel 4</u> Die Justiz- und Polizeizusammenarbeit mit den EU-Staaten wird weiter vertieft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Staatsvertrag zur Zusammenarbeit mit Europol ist vom Bundesrat genehmigt * ➤ Die bilateralen Polizei- und Grenzzusammenarbeitsverträge sind operationell ➤ Der Vertrag zur Stationierung eines Polizeiverbindungsbeamten in Rom ist unterzeichnet ➤ Die Zentralstelle Italien ist operationell
<p><u>Ziel 5</u> Das Vertragsnetz der internationalen Rechtshilfe und die Zusammenarbeit im Bereich der Verbrechensbekämpfung werden weiter ausgebaut</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Vertrag zwischen der Schweiz und Ägypten über Rechtshilfe in Strafsachen ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft betreffend den Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung sind verabschiedet * ➤ Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und Marokko über die Überstellung verurteilter Personen ist verabschiedet * ➤ Der Vertrag zwischen der Schweiz und den Philippinen über Rechtshilfe in Strafsachen ist unterzeichnet
<p><u>Ziel 6</u> Elemente der inneren Sicherheit werden überprüft, aufeinander abgestimmt und erweitert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (Sharing) ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“ ist verabschiedet ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Datenschutzgesetzes (online-Verbindungen) ist durchgeführt

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Waffengesetzes ist eröffnet ➤ Die Voraussetzungen für die Inkraftsetzung der Effizienzvorlage auf den 1.1.2002 sind geschaffen ➤ Der Bundesrat nimmt Ende Oktober Kenntnis vom USIS-Bericht zum Sollzustand * ➤ Der Bundesrat hat entschieden, welche mittelfristigen Massnahmen gegen rechtsextremistische Tendenzen vorgeschlagen werden
<p><u>Ziel 7</u> Die wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen werden weiter optimiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Rechts der GmbH ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Revision des Versicherungsvertrags- und des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Revision des Lugano-Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist verabschiedet * ➤ Der Bundesrat hat die Konzessionsentscheide über die Spielbanken getroffen * ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Patentgesetzes ist eröffnet ➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die digitale Signatur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen bestimmt ➤ Der Bundesrat hat Kenntnis von den Vernehmlassungsergebnissen zur Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts genommen ➤ Die Umsetzung des bilateralen Abkommens mit der EU über die technischen Handelshemmnisse im Bereich Metrologie und Akkreditierung ist eingeleitet

<p><u>Ziel 8</u> Wichtige gesellschaftspolitische Fragen werden entschieden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Humangenetikgesetz) ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Revision des OR, bezahlter Mutterschaftsurlaub, ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats vom 4. April 1997 über Menschenrechte und Biomedizin und des Zusatzprotokolls vom 12. Januar 1998 über das Verbot des Klonens menschlicher Lebewesen ist verabschiedet * ➤ Die Vernehmlassung über ein Gesetz über die registrierte Partnerschaft ist durchgeführt ➤ Vorentwurf und Begleitbericht zur Totalrevision des Vormundschaftsrecht liegen vor
<p><u>Ziel 9</u> Die betrieblichen Prozesse im EJPD werden weiter optimiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Rechtsgrundlagen für die Datenbank Ausländer 2000 sind verabschiedet * ➤ Die Informatiksicherheitsstrategie EJPD ist genehmigt und erste Realisierungsschritte sind vollzogen ➤ Im Rahmen des Projektes FIMAS ist die Zeiterfassung für den Departementsstandard soweit notwendig neu definiert ➤ Die Wartezeit für Erstakkreditierung ist auf ein für die Kunden akzeptierbares Mass optimiert

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001
<p><u>Ziel 1</u></p> <p>Die neue Sicherheitspolitik (Sicherheit durch Kooperation) wird innerhalb und ausserhalb des VBS konkretisiert, dabei wird die Idee eines integralen Sicherheitsverständnisses Schweiz durch eine verstärkte internationale, nationale (föderalistische) und interdepartementale Kooperation sichtbar gemacht</p>	<p>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Aufgabenumverteilung innerhalb der Departemente ist gemäss dem Grobkonzept des Projekts VBS XXI vom 25. Oktober 2000 in die Staatsleitungsreform eingebunden ➤ Die Flugsicherung Schweiz ist unter Wahrung der Einsatz- und Trainingsbedürfnisse der Luftwaffe gewährleistet (Projekt HELCO) ➤ Die vorgezogene Teilrevision des Militärgesetzes betreffend die Ausbildungszusammenarbeit und den Status von Militärpersonen sowie die Bewaffnung ist bis zur Volksabstimmung weiterbegleitet ➤ Das Armeeleitbild und die Botschaft zur Teilrevision der Militärgesetzgebung (Armee XXI) sind verabschiedet * ➤ Das Leitbild Bevölkerungsschutz und die Botschaft zur Totalrevision der Zivilschutzgesetzgebung (Bevölkerungsschutzgesetz) sind verabschiedet * ➤ Das VBS bringt sich mit einer spezifischen, kohärenten UN-Politik in den UNO-Beitrittsprozess als kompetenter Partner ein * ➤ Die „Umfassende Flexible Sicherheitskooperation“ (UFS) ist konzeptionell im Detail definiert und organisatorisch als Nationale Sicherheitskooperation im Departement institutionalisiert, erste permanente Einrichtungen für die Umsetzung der UFS sind in Betrieb

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Rüstungskooperation mit dem Ausland ist weiter sichtbar vorangetrieben (Verankerung der Sicherheitspolitik im rüstungstechnischen Bereich) ➤ Die Ressourcen (Finanzen, Personal und Informatikmittel) für die genannten Massnahmen sind bereitgestellt
<p><u>Ziel 2</u> Die Strategie „Sicherheit durch Kooperation“ ist gegenüber dem Ausland mit zielgerichteten, gut vorbereiteten Operationen umgesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durch MOU's im sicherheitspolitischen Bereich ist unser Engagement vorbereitet und laufend den Bedürfnissen angepasst ➤ Die Grundlagen für eine gesicherte rechtliche Stellung von Beteiligten bei Auslandseinsätzen (SOFA) sind geschaffen und können den Bedürfnissen laufend angepasst werden ➤ Der Stabilitätspakt Südost-Europa wird projektspezifisch unterstützt * ➤ Das Umsetzen der Partnership-Ziele (Goals) folgt armeeübergreifend einer dreijährigen Personaleinsatzplanung aller Stufen in Abstimmung mit dem Projekt Armee XXI ➤ Die schweizerische Beteiligung im EAPC/PfP-Rahmen ist weiter verstärkt und vertieft, dabei ist das personelle Engagement im Rahmen EAPC/PfP nachweisbar und nachhaltig erhöht und mit den entsprechenden Ressourcen dotiert ➤ Der Friedensplan für den Kosovo ist aktiv unterstützt durch die Swissscoy und die humanitäre Minenräumung, dabei ist die permanente Alimentierung der Swissscoy und der humanitären Minenräumung der Lage angepasst *
<p><u>Ziel 3</u> Mit der Umsetzung des „sportpolitischen Konzepts“ werden insbesondere die Bereiche Gesundheitsförderung, Bildung im Sport, Nachwuchsförderung und Dopingbekämpfung priorisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Anteil der aktiven Bevölkerung ist durch geeignete Massnahmen erhöht * ➤ Die Bildungsmöglichkeiten im Sport sind aufgearbeitet und bei den verantwortlichen Institutionen bekannt gemacht * ➤ Erste Massnahmen zur Verbesserung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Schweizer Nachwuchs sind ergriffen *

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der neue Dopingartikel im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport ist in die Praxis umgesetzt * ➤ Bei der Aufnahme neuer bilateraler Verhandlungen mit der EU über die Integrale Beteiligung der Schweiz an den Bildungs und Jugendprogrammen sind die sportpolitischen Anliegen berücksichtigt
<p><u>Ziel 4</u> Die „Alltagsgeschäfte“ sind professionell (sach-, termin- und kostengerecht), mit der notwendigen politischen Sensibilität aufgearbeitet und kommuniziert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Geschäftsprozesse Armee-Gruppe Rüstung-RUAG sind hinterfragt und wo notwendig neu definiert ➤ Das Rüstungsprogramm 2001 ist auf der Grundlage der Armee XXI und der daraus folgenden Rüstungsplanung von den eidgenössischen Räten genehmigt ➤ Die Immobilienbotschaft 2001 ist auf der Grundlage der Armee XXI und der daraus folgenden Infrastrukturplanung von den eidgenössischen Räten genehmigt ➤ Die Informatiksicherheit für die zivilen Sektoren des Departements ist sichergestellt ➤ Die interdepartementalen Informatikprojekte sind vorangetrieben und seitens VBS intensiviert ➤ Die Abläufe der EOR (Einsatzorganisation Radioaktivität), speziell das neue Informationskonzept, sind implementiert und überprüft ➤ Die Beiträge des VBS zur EXPO.02 verlaufen nach Plan ➤ Die Reformprojekte sind personalpolitisch vom Projekt Human Resources Management XXI unterstützt, dabei sind mit den neuen Arbeitsverträgen die Möglichkeiten zugunsten eines erfolgreichen Change-Management-Prozesses ausgeschöpft ➤ Die Grundlagen für das Berufskader der Armee XXI sind geschaffen und die Rekrutierung ist eingeleitet

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Ziel eines VBS-Globalbudgets ist weiterverfolgt ➤ Die Grundlagen für das Betriebliche Rechnungswesen sind installiert und die Vorgaben für das Rechnungsjahr 2002 formuliert ➤ Die Ressourcen für VBS-Beiträge der Zielbereiche der anderen Departemente sind definiert
<p><u>Ziel 5</u> Das Projekt VBS XXI setzt im Departemente die Staatsleitungsreform um, koordiniert die Reformprojekte und stimmt die Kommunikation untereinander auf die politischen Partner ab</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Bereitschaft zum Wandel ist durch gezielte Kommunikation bezüglich der Reformprojekte gefördert ➤ Die neue Führungsorganisation des Departements (Führungsaufbau und Führungsablauf) liegt konzipiert bis zum 30. Juni 2001 vor und ist auf den Jahreswechsel 2002 umgesetzt ➤ Die Grundsätze der wirkungsorientierten Verwaltungsführung sind im VBS instrumentalisiert ➤ Der Strategische Nachrichtendienst ist in die Struktur der Departementsführung eingebunden ➤ Die Umsetzung des Reformprojektes Luftwaffe XXI und der Strategie Heer erfolgt abgestimmt auf die Projekte Armee XXI, VBS XXI und Human Resources Management XXI; die Vorausmassnahmen sind im Ausbildungsbereich umgesetzt ➤ Das Umsetzungskonzept Gruppe Rüstung XXI (Detailkonzept) ist genehmigt, und die Entscheide für eine erfolgreiche Positionierung als Technologie- und Beschaffungszentrum im VBS XXI sind materiell und personell getroffen ➤ Die Umsetzung der neuen Bundespersonalgesetzgebung ist bedarfsgerecht vollzogen

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Finanzdepartement

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001
<p><u>Ziel 1</u> Vorlage zum neuen Finanzausgleich (NFA)</p>	<p>➤ Die erste Botschaft (Verfassungsänderungen und neues Finanzausgleichsgesetz) ist verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 2</u> Vorentwurf zu einer neuen Finanzordnung</p>	<p>➤ Die Vernehmlassung zur neuen Finanzordnung ist durchgeführt *</p>
<p><u>Ziel 3</u> Goldverwendung</p>	<p>➤ Die Botschaft zur Goldinitiative und zur Verwendung der Goldreserven ist vom Bundesrat verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 4</u> Vorlagen zur Bankenaufsicht und zur Nationalbank</p>	<p>➤ Die Folgerungen aus dem Bericht der Expertenkommission Finanzmarktaufsicht sind gezogen und das weitere Vorgehen ist geklärt</p> <p>➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankenliquidation, Einlegerschutz) ist verabschiedet *</p> <p>➤ Die Botschaft zur Revision des Nationalbankgesetzes ist verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 5</u> Modernisierung der Haushalt- und Rechnungsführung</p>	<p>➤ Ein Konzept für die zukünftige Ausrichtung des Rechnungswesens des Bundes ist ausgearbeitet</p>
<p><u>Ziel 6</u> Optimierung der Geldwäschereibekämpfung</p>	<p>➤ Die Reorganisation der Kontrollstelle ist abgeschlossen und die Vollzugs-Policy etabliert</p> <p>➤ Die Pendenzen sind signifikant abgebaut</p>

<p><u>Ziel 7</u> Auswertung Erfahrungen FLAG</p>	<p>➤ Der Evaluationsbericht über die Erfahrungen und Erkenntnisse des Pilotbetriebes FLAG ist vom Bundesrat verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 8</u> Vorlage zum Steuerpaket 2001</p>	<p>➤ Die Botschaft zur Steuerreform in den Bereichen Ehepaare und Familien, Wohneigentum und Umsatzabgabe ist vom Bundesrat gutgeheissen</p>
<p><u>Ziel 9</u> Festlegung weiteres Vorgehen Steueramnestie</p>	<p>➤ Die Vernehmlassung zu einem Verfassungsartikel samt zugehörigem Bundesgesetz ist durchgeführt und der Entscheid über das weitere Vorgehen gefällt *</p>
<p><u>Ziel 10</u> Klare Rahmenbedingungen für nachrichtenlose Vermögen</p>	<p>➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögen ist verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 11</u> Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren</p>	<p>➤ Die Botschaft zur Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum internationalen Übereinkommen vom 18. Mai 1973 zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren (Kyoto-Übereinkommen) ist verabschiedet *</p>
<p><u>Ziel 12</u> Klärung weiteres Vorgehen Zinsbesteuerung</p>	<p>➤ Der Bericht über die allfällige Einführung einer Quellensteuer liegt vor und die Schlussfolgerungen sind gezogen</p>
<p><u>Ziel 13</u> Vorabklärungen im Bereich Unternehmensbesteuerung</p>	<p>➤ Der Bericht der Expertenkommission ist ausgewertet</p>
<p><u>Ziel 14</u> Umsetzung Bundespersonalgesetz</p>	<p>➤ Die Ausführungsbestimmungen sind vom Bundesrat verabschiedet</p> <p>➤ Das Detailkonzept zur Kaderpolitik ist vom Bundesrat verabschiedet</p> <p>➤ Die Personalfachleute sind für die Anwendung des BPG vorbereitet</p>
<p><u>Ziel 15</u> Sanierung PKB/ Errichtung PUBLICA</p>	<p>➤ Die Rechnung der PKB 2001 ist ohne Einschränkungen und Vorbehalte abnahmefähig</p> <p>➤ Die neue Pensionskasse des Bundes PUBLICA ist als Rechtsperson errichtet und betriebsbereit</p>

<p><u>Ziel 16</u> Strategie E-Government sowie Umsetzungsarbeiten in den Be- reichen NOVE IT und Informa- tikssicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die E-Government-Strategie ist vom Bundesrat verabschiedet, deren dezentrale Umsetzung eingeleitet➤ Der Masterplan zu NOVE IT ist eingehalten➤ Unerlaubte Übergänge zwischen dem Intranet der Bundesverwaltung und Fremdnetzen sind abgebaut➤ Die Organisation Information-Assurance ist operativ
<p><u>Ziel 17</u> Weiteres Vorgehen Revision Zollgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die Vernehmlassung ist durchgeführt➤ Der Entscheid über das weitere Vorgehen ist gefällt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001
<p><u>Ziel 1</u> Aufnahme weiterer bilateraler Verhandlungen mit der EU und deren innenpolitische Vorbereitung (Aktionsplan)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Begleitstruktur für die weiteren bilateralen Verhandlungen ist aufgebaut * ➤ Die Verhandlungsmandate sind vorbereitet (Anträge an den Bundesrat) * ➤ Das Informationskonzept zu den weiteren Verhandlungen liegt vor * ➤ Der Katalog der internen Reformen, welche prioritär zu ergreifen sind, ist erstellt * ➤ Der Zeitplan für die Lancierung und Umsetzung der Reformen liegt vor *
<p><u>Ziel 2</u> Fortsetzung der Programme für Zentral- und Osteuropa, und Zentralasien</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Rahmenkredit über die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS ist aufgestockt * ➤ Ein längerfristiges Unterstützungsprogramm für die BR Jugoslawien ist gemeinsam mit dem EDA und in Zusammenarbeit mit dem EFD erarbeitet ➤ Ein Unterstützungsprogramm für Zentralasien ist erarbeitet
<p><u>Ziel 3</u> Ausbau der EFTA-Drittlandbeziehungen, insbesondere durch Abschluss weiterer Freihandelsabkommen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über die Aufdatierung der EFTA-Konvention ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Freihandelsabkommens mit Mexiko ist verabschiedet *
<p><u>Ziel 4</u> WTO: Konsens für eine nächste Verhandlungsrunde</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft und Dienstleistungen werden fortgesetzt ➤ Eingaben werden im Hinblick auf die Lancierung von umfassenden Verhandlungen in verschiedenen Bereichen gemacht

<p><u>Ziel 5</u> Exportrisikogarantie: Prüfung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zur Versicherung des privaten Delkredere-Risikos durch die ERG (Postulat Schneider-Ammann 00.3568) liegt vor und das weitere Vorgehen ist festgelegt
<p><u>Ziel 6</u> Weiteraufbau der Fachhochschullandschaft Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ In enger Zusammenarbeit mit dem EDI und den Kantonen ist ein mehrheitsfähiger Vorschlag für einen Hochschulartikel auf Verfassungsstufe erarbeitet * ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Fachhochschulgesetzes ist durchgeführt * ➤ Der Bundesrat hat einen Bericht über die internationale Titelanerkennung zur Kenntnis genommen
<p><u>Ziel 7</u> Förderung der Entwicklung neuer Technologien und Förderung der Unternehmensgründungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weitere nationale Kompetenznetzwerke KTI/FH sind bestimmt ➤ Die Aus- und Weiterbildungsinitiative Informatik ist lanciert ➤ Die im Bericht über die Förderung von Unternehmensgründungen enthaltenen Massnahmen sind umgesetzt
<p><u>Ziel 8</u> 3. Revision der Arbeitslosenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Ergebnisse der Vernehmlassung sind ausgewertet und die Botschaft verabschiedet *
<p><u>Ziel 9</u> Verstärkung des Wettbewerbs, Marktöffnung und Bekämpfung der Schwarzarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Kartellgesetzes liegt vor * ➤ Massnahmen für eine erhöhte Durchschlagskraft des Binnenmarktgesetzes sind evaluiert und vorbereitet ➤ Die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Bericht der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Schwarzarbeit“ sind ausgewertet und die Botschaft ist verabschiedet
<p><u>Ziel 10</u> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die liberalisierte Getreidemarktordnung wird umgesetzt ➤ Ein zweiter Agrarbericht liegt vor ➤ Der Bericht der Beratenden Kommission Landwirtschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist ausgewertet *

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung für eine Botschaft zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes ist durchgeführt * ➤ Der Inspektions- und Kontrolldienst wird gestärkt ➤ Die Verstärkung der Kontrolle der Lebensmittel heimischen Ursprungs (Art. 182 Landwirtschaftsgesetz; Betrugsbekämpfung) wird intensiviert ➤ Die Qualitätspolitik für landwirtschaftliche Produkte wird um die Registrierung der GUB/GGA-Gesuche ergänzt ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Sortenschutzgesetzes ist durchgeführt
<p><u>Ziel 11</u> Vorlage zur Revision des Tierschutzgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung ist durchgeführt * ➤ Die Botschaft liegt Ende 2001 vor *
<p><u>Ziel 12</u> Anpassen des Veterinärrechts</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verordnungen im Veterinärbereich sind an die neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Praxis angepasst ➤ Das Tierseuchengesetz wird hinsichtlich der Kennzeichnung und Registrierung von Hunden geändert
<p><u>Ziel 13</u> BSE: Ausschliessen von Restrisiken der Übertragung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verfütterung von Tiermehl an alle Nutztiere wird verboten und das Verbot ist umgesetzt
<p><u>Ziel 14</u> Neuausrichtung der Wohnungspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Wohnungsver-sorgung ist durchgeführt * ➤ Strategien für den vorzeitigen Ausstieg aus der WEG-Förderung sind erarbeitet ➤ Die Grundlagen für die Einführung von Vergleichsmieten sind konkretisiert
<p><u>Ziel 15</u> Weiterentwicklung und Koordination der Agglomerationspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Auf der Grundlage des in Zusammenarbeit mit dem UVEK erarbeiteten Berichtes zur Agglomerationspolitik des Bundes sind die Eckwerte einer künftigen Gesamtstrategie des Bundes zur besseren Berücksichtigung der Anliegen der städtischen Räume vom Bundesrat festgelegt *

<p><u>Ziel 16</u> Optimierung der Tourismusförderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bericht und Botschaft des Bundesrates zur Verbesserung der Struktur und Qualität des Angebots im Tourismus resp. zum neuen Verpflichtungskredit 2002-2006 liegen vor *
<p><u>Ziel 17</u> Weiterentwicklung und Vollzug des Zivildienstes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes ist durchgeführt * ➤ Der Vorentwurf ist mit den Projekten Armee XXI und Bevölkerungsschutz 2000 abgestimmt ➤ Der Einsatz von Zivildienstleistenden in den Bundesprojekten der Expo 02 ist vorbereitet ➤ Eine allfällige Zusammenarbeit der Vollzugsstelle für den Zivildienst mit den Rekrutierungszentren der Armee XXI ist evaluiert
<p><u>Ziel 18</u> Umsetzung der Revision des Landesversorgungsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Getreidepflichtlagerverordnung ist erlassen ➤ Die Änderung der Vorratshaltungsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Änderung der Organisationsverordnung zur Landesversorgung ist verabschiedet
<p><u>Ziel 19</u> Gezielte Schwerpunktsetzung bei den wirtschaftspolitischen Grundlagenarbeiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht zu den Determinanten des Schweizer Wirtschaftswachstums liegt vor ➤ Eine Zwischenbilanz zu den Leitlinien für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist vorgenommen
<p><u>Ziel 20</u> Verbesserung der Konsumentinformation</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die im Bericht zur Konsumgütersicherheit enthaltenen Massnahmen sind umgesetzt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2001

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2001	Massnahmen 2001 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2001</small>
<p><u>Ziel 1</u> Die Umsetzung einer marktgerechten und ökologisch ausgerichteten Energiepolitik wird weiter vorangetrieben</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Kernenergiegesetz ist verabschiedet * ➤ Das Programm EnergieSchweiz ist eingeführt ➤ Das Elektrizitätsmarktgesetz und die Verordnung zum Vollzug werden in Kraft gesetzt ➤ Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Gasmarktgesetzes ist durchgeführt *
<p><u>Ziel 2</u> Weitere Schritte zur Realisierung einer nachhaltigen Verkehrspolitik sind getan</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat entschieden, ob der Ceneri-Basistunnel der NEAT als zwei Einspurtunnel oder als Doppelspurtunnel gebaut werden soll * ➤ Die 2. Etappe von Bahn 2000 wird konkretisiert. Das Angebotskonzept steht fest, die konkreten Investitionsmodule werden ausgearbeitet ➤ Die Vernehmlassung für das neue Seilbahngesetz ist vorbereitet
<p><u>Ziel 3</u> Einbettung der Zivilluftfahrt in eine koordinierte Gesamtverkehrspolitik und in einen raumordnungspolitischen Rahmen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) Teil IIIC (anlagenspezifische Festlegungen, 1. Serie) ist vom Bundesrat verabschiedet *

<p><u>Ziel 4</u> Weiterführen einer nachhaltigen Umweltpolitik in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Ratifizierung der Landschaftskonvention des Europarates ist verabschiedet * ➤ Der Grundlagenbericht über den Feinstaub liegt vor ➤ Lufthygienisch-technische Abklärungen für Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen und Ammoniak sind durchgeführt ➤ Für die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls zur Bekämpfung der Versauerung, der Eutrophierung und des bodennahen Ozons sind Vorbereitungsarbeiten durchgeführt ➤ Ein Amphibieninventar ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Das Aueninventar ist um die Gletschervorfelder ergänzt
<p><u>Ziel 5</u> Vorantreiben der Reorganisation der technischen Sicherheitsaufsicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu den gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung des Institutes für technische Sicherheit ist eröffnet *
<p><u>Ziel 6</u> Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein Vorprojekt zu einer EU-harmonisierten integralen Chemikalienverordnung ist lanciert ➤ Die UNEP POPs Konvention ist unterzeichnet* ➤ Die Botschaft zur Ratifizierung des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit ist verabschiedet * ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta ist verabschiedet * ➤ Die Verhandlungen über den Aktionsplan von Buenos Aires zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls sind abgeschlossen ➤ Die Botschaft zur Erneuerung des Rahmenkredites für die globale Umwelt ist verabschiedet ➤ Das paneuropäische Vorbereitungstreffen in Genf im Hinblick auf die Rio +10-Konferenz wird unterstützt

<p><u>Ziel 7</u> Die Grundlagen für eine kohärente Raumentwicklung werden weiter entwickelt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Ratifizierung von neun Zusatzprotokollen des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) ist verabschiedet * ➤ Auf der Grundlage des in Zusammenarbeit mit dem EVD erarbeiteten Berichtes zur Agglomerationspolitik des Bundes sind die Eckwerte einer künftigen Gesamtstrategie des Bundes zur besseren Berücksichtigung der Anliegen der städtischen Räume vom Bundesrat festgelegt *
<p><u>Ziel 8</u> Vorentscheide zur neuen Medienordnung und Umsetzung der Strategie für ein Informationsgesellschaft Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes sind ausgewertet * ➤ Das weitere Vorgehen und die Eckwerte für die Botschaft sind vom Bundesrat festgelegt * ➤ Der Bundesrat hat gestützt auf den 3. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft vom Stand der Umsetzung der bereits beschlossenen Massnahmen Kenntnis genommen und über weitere Massnahmen Beschluss gefasst *
<p><u>Ziel 9</u> Vorbereitung grundlegender Weichenstellungen für Swisscom und Post</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gestützt auf die Ergebnisse der Vernehmlassung ist die Botschaft über die Flexibilisierung der Bundesmehrheit an der Swisscom und über die Schaffung einer Postbank verabschiedet *

Die Ziele des Bundesrats 2001 im Überblick

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2001

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte

(Verabschiedung pro Halbjahr)

1 Die Schweiz als Partnerin in der Welt – Chancen einer offenen und zukunftsorientierten Schweiz wahrnehmen

1.1 Aussenbeziehungen	1. Halbjahr 2001	2. Halbjahr 2001
• Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft in den Jahren 2003-2006		X
• Botschaft über die Finanzhilfe des Bundes an das Sitzbudget des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in den Jahren 2002-2005		X
• Botschaft über die Ausrichtung einer Finanzhilfe an das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in den Jahren 2002-2005		X
• Bericht der Schweiz über die Umsetzung des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	X	
• Botschaft zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten	X	
• Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)	X	
• Botschaft zur Ratifikation der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung		X
• Botschaft zur Ratifikation der UNESCO-Konvention von 1970 zur Bekämpfung des illegalen Kulturgütertransfers (inkl. Durchführungsgesetz)		X
• Botschaft zur Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum internationalen Übereinkommen vom 18. Mai 1973 zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren (Kyoto-Übereinkommen)		X
• Botschaft über die Aufdatierung der EFTA-Konvention		X

• Botschaft zur Ratifikation des Freihandelsabkommens mit Mexiko	X	
• Botschaft zur Ratifizierung des Cartagena-Protokolls über die Sicherheit in der Biotechnologie		X
• Botschaft zur Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta		X

1.2 Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur Teilrevision der Militärgesetzgebung (Armee XXI)		X
• Botschaft zur Totalrevision der Zivilschutzgesetzgebung (Bevölkerungsschutz)		X
• Botschaft zur Ratifikation des Abkommens zwischen der Schweiz und Marokko über die Überstellung verurteilter Personen	X	
• Botschaft zur Ratifikation des Vertrags zwischen der Schweiz und Ägypten über Rechtshilfe in Strafsachen		X
• Botschaft betreffend den Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung		X
• Botschaft zur Erneuerung des Bundesbeschlusses über einen Bürgschafts-Rahmenkredit für die Sicherung eines ausreichenden Bestandes an Hochseeschiffen unter Schweizer Flagge		X

2 Die Schweiz als attraktiver Werk-, Denk- und Schaffensplatz – Entfaltungschancen der kommenden Generationen sicherstellen und verbessern

2.1 Forschung und Bildung	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen		X
• Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am 6. EU-Forschungsrahmenprogramm		X

2.2 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur weiteren Entwicklung von Swisscom AG und Post		X
• Botschaft zur Revision des Kartellrechts	X	
• Botschaft zur Revision des Rechts der Gesellschaft mit beschränkter Haftung		X
• Botschaft zur Revision des Tierschutzgesetzes		X
• Botschaft zum Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögen		X
• Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankenliquidation)		X
• Botschaft zur Revision des Nationalbankgesetzes		X
• Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag und zum Bundesgesetz über die Versicherungsaufsicht	X	
• Botschaft zur Revision des Lugano-Übereinkommens über gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen		X

2.3 Finanzen und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
<i>keine</i>		

2.4 Umwelt und Infrastruktur	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur Ratifizierung der Landschaftskonvention des Europarates		X
• Botschaft zur Ratifizierung von neun Zusatzprotokollen des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)		X
• Botschaft zum Kernenergiegesetz und zu den Volksinitiativen «Moratorium plus» und «Strom ohne Atom»	X	

2.5 Informationsgesellschaft und Medien	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Bericht zum E-Voting (Machbarkeit, Variantenbeurteilung)		X

2.6 Staatliche Institutionen	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur Staatsleitungsreform		X
• Botschaft zum Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung	X	
• Bericht zur Evaluation der Erfahrungen und zum weiteren Vorgehen im Bereich Führen mit Leistungsaufträgen und Globalbudget (FLAG)		X
• Botschaft zur Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank	X	
• Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Rechtsgrundlage für E-Voting)		X
• Botschaft über die Teilrevision ZGB (Informatisierung der Zivilstandsregisterführung)	X	
• Botschaft zu Änderungen von Bundesgesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen in Ausführung von Art. 64 RVOG (Sammelbotschaft)		X

3 Die Schweiz als Heimat für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner – Identitätsraum für alle Generationen schaffen

3.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zur 4. Revision der Invalidenversicherung	X	
• Botschaft zur 3. Revision der Arbeitslosenversicherung	X	
• Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts betreffend den bezahlten Mutterschaftsurlaub		X
• Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes	X	
• Botschaft zum Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen		X
• Botschaft zum Übereinkommen des Europarats vom 4. April 1997 über Menschenrechte und Biomedizin und Zusatzprotokoll vom 12. Januar 1998 über das Verbot des Klonens menschlicher Lebewesen		X
• Botschaft zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Humangenetikgesetz)	X	

• Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen		X
• Botschaft zum Bundesgesetz über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe		X
• Botschaft zur Teilrevision des Zivildienstgesetzes	X	

3.2 Regionaler Ausgleich	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Erste Botschaft zum Neuen Finanzausgleich: Verfassungsänderungen und totalrevidiertes Finanzausgleichsgesetz		X
• Bericht zur Verbesserung der Struktur und Qualität des Angebotes im Tourismus		X
• Botschaft zu einem neuen Verpflichtungskredit über die Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus 2002-2006		X

3.3 Gesellschaft, Kultur und Sport	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zum Sprachengesetz		X
• Botschaft zu einem Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der schweizerischen Stiftung für Fotografie und die Förderung der Fotografie in der Schweiz	X	
• Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Fondation MUSEE SUISSE	X	

3.4 Migration	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zum neuen Ausländergesetz	X	
• Botschaft zur erleichterten Einbürgerung		X

3.5 Innere Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2001	<u>2. Halbjahr</u> 2001
• Botschaft zum Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (Sharing)	X	